

Zusammenfassung Workshop 1: Erwartungsmanagement im Kontext von Bürgerbeteiligung, Verwaltung und Politik

Alexander Kirste, Abteilungsleiter Verkehrsplanung, Stadt Chemnitz

Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil moderner kommunaler Verwaltung und stärkt das Vertrauen in politische Prozesse. Doch oft stehen die Ergebnisse von Beteiligungen im Spannungsfeld zwischen ambitionierten Bürgerwünschen, der Verantwortung der Verwaltung und der Entscheidungsbefugnis der Kommunalpolitik.

Im Rahmen des Workshops zum Thema „Erwartungsmanagement im Kontext von Bürgerbeteiligung, Verwaltung und Politik“ wurde der Frage nachgegangen, was passiert, wenn Verwaltung und Bürger eine Richtung einschlagen möchten, der Stadtrat oder andere Gremien jedoch eine andere Priorität setzen.

So wurden im Workshop zweierlei grundlegende Probleme deutlich. Einerseits ist es per se alles andere als einfach, die politischen Entscheidungsträger in Beteiligungsprozesse einzubinden, geschweige denn wirksam und für einen späteren Stadtratsbeschluss verbindlich. Andererseits scheint relativ oft eine spürbare Distanz zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft im Allgemeinen zu bestehen, die sich hinderlich auf die Zusammenarbeit auswirken kann. Hinzu kommt, dass es oftmals politisch konservative Kräfte sind, welche je nach Beteiligungsgegenstand mehr oder weniger pauschalisiert die Bremsen ziehen und ihr politisches Veto einlegen.

Aus Sicht der Stadtverwaltung Chemnitz wurden zwei Beispiele eigener Erfahrungen im Kontrast gegenübergestellt diskutiert. Zum einen waren dies die Beteiligungen rund um das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Chemnitz 2035 seitens der Stadtplanung, die ohne politische Einwände beschlossen wurden. Zum anderen war das der Entwurf zum Mobilitätsplan 2040 als Instrument der Verkehrsentwicklungsplanung, der trotz größerer Bemühungen und unter fortlaufendem Einbezug der Bürger:innen und der Kommunalpolitik in letzter Minute (überraschenderweise) beim entsprechenden formellen Stadtratsbeschluss an einer politischen Mehrheit scheiterte. Obwohl im Vorhinein Zusagen seitens der Politik präsent respektive keine offenen Einwände mehr zu erkennen waren.

Welche Lehren können für zukünftige Vorhaben daraus gezogen werden?

Ein zentraler Vorschlag war, informelle Formate wie Kamingsgespräche oder Gesprächsrunden mit Stadträt:innen zu etablieren. Diese direkten, persönlichen Begegnungen könnten helfen, Misstrauen abzubauen und Beteiligung nachhaltiger zu verankern. Auch die Idee von Bürgerräten, wie sie in Leipzig bereits erprobt werden, fand Anklang. In solchen Gremien arbeiten zufällig ausgeloste Bürger:innen gemeinsam an konkreten Fragestellungen – und bringen ihre Ergebnisse direkt in den politischen Entscheidungsprozess ein. Das stärkt Transparenz und Akzeptanz, sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Politik. Ein lebendiger Vorschlag kam aus der Schweiz: Dort machen Politiker:innen gemeinsame Fahrradtouren mit Bürger:innen. Auf diese Weise „erfahren“ alle Beteiligten die Herausforderungen im Verkehr direkt – eine Form des Austauschs, die oft mehr Verständnis schafft als jede Sitzung im Rathaus. Zu guter Letzt zeigte sich grundsätzlich der Wunsch nach einer neuen politischen (Gesprächs-)Kultur: nach einer auf Augenhöhe, mit Transparenz und Ehrlichkeit – sowohl nach innen als auch nach außen.